

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Raus Hauptstr. 14, und durch Buchhandlungen zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 3.50, incl. des Postzuschlags M. 3.92, bei keine Post am Ort, M. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Insertionsgebühren: Sonntags für die erste Spalte 20 Pf., für die übrigen 15 Pf. wöchentlich. Anzeigen für die nächsten 14 Tage 10 Pf. wöchentlich. Anzeigen für die nächsten 30 Tage 8 Pf. wöchentlich. Anzeigen für die nächsten 60 Tage 6 Pf. wöchentlich. Anzeigen für die nächsten 90 Tage 5 Pf. wöchentlich. Anzeigen für die nächsten 120 Tage 4 Pf. wöchentlich. Anzeigen für die nächsten 150 Tage 3 Pf. wöchentlich. Anzeigen für die nächsten 180 Tage 2 Pf. wöchentlich. Anzeigen für die nächsten 210 Tage 1 Pf. wöchentlich. Anzeigen für die nächsten 240 Tage 1 Pf. wöchentlich. Anzeigen für die nächsten 270 Tage 1 Pf. wöchentlich. Anzeigen für die nächsten 300 Tage 1 Pf. wöchentlich. Anzeigen für die nächsten 330 Tage 1 Pf. wöchentlich. Anzeigen für die nächsten 360 Tage 1 Pf. wöchentlich.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 205.

Dienstag, den 3. September 1907.

18. Jahrgang.

Um was es sich in der Kolonialfrage handelt.

Genosse Eduard Bernstein schreibt uns:

Werte Redaktion!

Sie erlauben mir wohl, noch einmal in der Frage der Resolution zur Kolonialfrage das Wort zu nehmen.

Der Verfasser des Artikels „Was uns Stuttgart brachte“, hält wie ich sehr, seinen Vorwurf, daß ich durch mein Auftreten in der Kolonialfrage die deutsche Delegation in Stuttgart „gespalten und isoliert hätte“, nicht mehr aufrecht, sondern wendet sich nur noch gegen das Sachliche meiner Ausführungen. Das Erstere möchte ich ausdrücklich feststellen, zum letzteren sei in aller Kürze folgendes bemerkt.

In seiner Schrift „Der italienische Krieg und die Aufgabe der Sozialdemokratie“ sagt Herr Eduard Bernstein:

„Die von dem Recht der Geschichte und ihrer Gesamtwirkung das größere ist gegen das ihrer einzelnen Akte — der besonderen Völker —, wie das Recht jeder dieser Akte im geschichtlichen Organismus auf eigene Funktion, auf eigene Entwicklung eben an die tatsächliche Verbindung gebunden ist, daß sie funktionieren, daß sie sich entwickeln, so bleibt das Recht der Völkergemeinschaft auf eigene Existenz daran gebunden, daß sie in eigener Weise sich entwickelnde und mit dem Kulturprozeß des Ganzen Schritt haltender Völkergemeinschaften sei. Andersfalls wird die Eroberung ein Recht, und zwar entweder von vornherein, oder sie wird hinterher als solches erwiesen. . . . Mit dieser einzigen Einschränkung also, oder vielmehr mit dieser einzigen Bedingung, daß die Völkergemeinschaften Nationalitäten begriffen werden; sonst hört es auf ein Prinzip zu sein und treibt sich zum Unsinn.“ (Kasseler, Gesamtausgabe, Bd. 1, S. 305/306.)

Dieser tiefdurchdachte Satz, aus dem eine wahrhaft wissenschaftliche Kulturtheorie spricht, stimmt in seinen Kerngedanken durchaus überein mit den Ausführungen, die Friedrich Engels anfangs der achtziger Jahre in Briefen an mich über das Recht der großen Kulturvölker gegenüber den sogenannten Naturvölkern entwickelt hat, und er ist seit mindestens anderthalb Jahrzehnten der Leitgedanke meiner Stellungnahme zu den verschiedenen Fragen der Welt- und Kolonialpolitik, welche die Sozialdemokratie zu beurteilen hat. Mit aller Bestimmtheit habe ich ihn in dem schon zitierten Artikel der „Neuen Zeit“ vom Jahre 1896 vertreten, und damals wenigstens stimmte mir Karl Kautsky rückhaltlos zu. Kautsky stimmte mir auch noch zu, als ich zwei Jahre später in dem vielzitierten Artikel „Der Kampf der Sozialdemokratie und der Umformung der Gesellschaft“ die gleiche Auffassung mit großer Schärfe gegen den englischen Sozialisten Day vertrat, der mir auf Grund jenes Artikels Kolonialchauvinismus und dergleichen vorgeworfen hatte. Damals fand Kautsky noch — vgl. seine Fußnote zum Day'schen Artikel im Jahrgang 16 der „Neuen Zeit“, Band I S. 420/421 — daß zwischen dem, was Day aus meinen Artikeln herauslas, und dem, was ich wirklich entwickelt hatte, ein großer Unterschied sei. Wenn Kautsky sich heute die von Day gegen mich gebrachten Vorwürfe zu eigen macht, so ist das seine Sache. Aber damals stellte er sich gegen Day auf meine Seite, wobei er selbst betonte, daß zwischen dem von mir vertretenen und dem Day'schen Standpunkt „ein wirklich und tiefgehender Unterschied“ bestehe. Ich stelle dies fest, weil die von mir in Stuttgart bekämpfte Resolution der Minderheit der Kongresskommission eben dem Day'schen Standpunkt entspricht. Wenn ich in einer Frage meinen Standpunkt unverändert festgehalten habe, so ist es sicher die Kolonialfrage.

Nun gebe ich ohne weiteres zu, daß der obige Ausspruch Kasallés, wenn man ihn isoliert herausgreift, zur Beschönigung kapitalistischer Räubereien und sonstiger Gewalttaten mißbraucht werden kann. Aber von welchen theoretischen Sätzen gilt das nicht? Jeder Denker hat das Recht zu verlangen, daß man seine Aussprüche in dem Geiste nimmt, in dem sie abgegeben wurden. Der Kasallés'sche Satz ist nur der Ausgangspunkt, der uns zu einer sozialistischen Kolonialpolitik führen kann.

Von diesem Gedanken getragen, habe ich in meinen verschiedenen Abhandlungen über die Kolonialfrage Gewicht darauf gelegt, daß das Recht der höheren Kultur über die niedere selbstverständlich an Pflichten gebunden ist, ohne deren Einhaltung es hinsichtlich wird. Ich kann da ganz besonders auf meinen Artikel „Der Sozialismus und die Kolonialfrage“ im Septemberheft der „Sozialistischen Monatshefte“ vom Jahre 1900 verweisen, der auch auf die Frage des Rechtes der Naturvölker auf ihre eigene Entwicklung eingeht und hervorhebt, daß dieses Recht der höheren Kultur gegenüber begrenzt, noch nicht es aufheben heißt. Die höhere Kultur bemüht sich nicht dadurch, daß sie unterwirft, sondern dadurch, wie sie unterwirft.

Daher besteht denn auch der Gegensatz, den der Verfasser des Volksmachtartikels zwischen meinen Ausführungen und der von ihm zitierten Stelle des Fraktionsaufrufs vom Dezember 1906 entdeckt, in Wirklichkeit durchaus nicht. Zunächst will ich dem Genossen vertragen, daß, als ich zu jener Sitzung der Fraktion kam, die den Aufruf beriet, mir ein auf der äußersten Linken der Partei stehender Genosse, der den Entwurf des Aufrufs schon kannte, sagte: „Sie können sich freuen, der Entwurf entspricht in der Kolonialfrage ganz Ihrem Standpunkt.“ Und das ist in der Tat der Fall. Wenn der Aufruf gewordene Entwurf von einer Kolonialpolitik spricht, die zu den fremden, tiefer stehenden Völkern kommt, um sie in ethischer Weise zu erziehen, ihnen zu lehren, die Schätze des Völkens für ihren und der gesamten Menschheit Vorteil zu haben und auszunutzen, und ihnen alle Erzeugnisse der Kultur in der ihrem Wesen entsprechenden Weise zuzuführen, so ist dieses Programm ohne eine Geltendmachung des Rechtes der höheren Kultur über die niedrigere gar nicht durchzuführen. Man muß sich nur von der Idee frei machen, daß überall dort, wo die Europäer die Füße nicht hinstellen, das Joch friedlicher Jagd, der Einsammlung von Früchten z. B. lebender Naturvölker herrscht. Unter den Wilden und Halbwildern gibt es Haas und Unterdrückung so gut wie anderwärts. Blutige Kriege, grausame Sklaverei gab es in Afrika z. B. in Halle und Halle, ehe kapitalistische Eroberung sich dort niederließ. Mit räuberischen Stämmen, mit gewalttätigen Völkern, die andere unterjochen und sich dienlich machen, mit Kannibalen, wie sie verschiedentlich noch zu finden sind, würden auch wir Sozialisten nichts anrichten, wenn wir uns auf bloßes Moralpredigen beschränken wollten. Erziehung ist ohne einen gewissen Zwang nicht möglich. Wir verwerfen die Mittel und Methoden, wie sie heute unter dem Einfluß der kapitalistischen Welt ausgeübt wird. Aber wir können, wie auf andern Gebieten, so auch auf diesem das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen. Darum müssen wir der kapitalistischen Kolonialpolitik ein System von Grundsätzen sozialistischer Kolonialisierung gegenüberstellen und zwar nicht erst für den Zukunftsstaat, dessen Eintreten niemand von uns im voraus bestimmen kann. Kolonisiert wird, ob wir es wollen oder nicht, heute schon, was nur irgend kolonisiert werden kann. Wir können es nicht verhindern,

aber mit unserer steigenden Macht in den Parlamenten können wir sehr viel damit verbundene Uebel oder Missstände verhindern oder mildern. Im einzelnen haben wir das auch versucht und gelegentlich sogar mit Erfolg versucht. Das ist die Bohn, die wir zu geben haben und die wir auch weiter geben werden, die übergegebene Sprache der Tatsachen nötig und dazu. Es ist aber einer großen Partei, wie die Sozialdemokratie, nicht möglich, sich erst schrittweise dahin drängen zu lassen, wohin eine vorausschauende Gesellschaftstheorie sie längst gewiesen hat. „Mit demselben Rechte müßten wir auch dem kapitalistischen Militarismus einen sozialistischen entgegensetzen“ wirkt mir der Verfasser ein. Ei, gewiß, ganz damit einverstanden. Das kann wir nämlich, wenn wir jenem Militarismus die Forderung der demokratischen Volkswehr gegenüberstellen, nicht erst für den Zukunftsstaat, sondern durchaus für den Gegenwartsstaat. Nur in dem Maße, als wir ihre Durchführbarkeit und Zweckmäßigkeit für die Gegenwart beweisen, erheben wir sie zu einer wirkungsvollen Forderung, was wir bekämpfen. Und genau so steht für mich die Frage einer sozialistischen Behandlung der Kolonialpolitik.

Schöneberg-Berlin, 30. August 1907.

E. Bernstein.

Raummangel halber kann die Erwiderung erst in der nächsten Nummer erscheinen.

Politische Heberfahrt.

Neue Schieberereien hinter den Ministerkulisen.

In den „Münchener Neuesten Nachrichten“ finden sich folgende Ausführungen, die darauf schließen lassen, daß das Bündnis der zentrumsfreundlichen und der zentrumsfeindlichen Minister gegeneinander hinter den Kulissen wieder begannen hat. Eine auffällig stoffenfreundliche Rede des vielfach beförderten Zentrumsgesandten Spahn, während Intimus des Reichs Bülow, findet im genannten Blatte folgende spitzfindige Auslegung:

„Die Rede des Abg. Spahn in Bonn, der bekanntlich unter seiner jetzigen Einflußlosigkeit schwer leidet, wurde mit Recht von der gesamten nichtklerikalen Presse als ein etwas grober „Anbiederungsversuch“ an die Regierung angesehen. Die Sache hat aber doch noch eine andere ernste Seite, die bisher von der Presse noch nicht berührt wurde. Es ist nicht daran zu denken, daß Spahn von sich aus auf alle von ihm beherrschten technischen Fragen gekommen wäre, sondern er hat anscheinend nur das ziemlich voreilig und plump ausgeplaudert, d. h. sich angeeignet, was ihm über die Herdpläne des Reichsmarineamts bekannt sein mochte. Admiral v. Tirpitz, dieser künftige Seeoffizier, von dem aber bekannt ist, daß er auf gut Beziehungen zu Herrn Spahn ein etwas allzu großes Gewicht legt, hat leider anscheinend sich von dem Schicksal des Grafen Bosadowitz nicht warnen lassen und Herrn Spahn zurechtzumachen zum Vertrauensmann erkoren. Das ist zu bedauern. Es muß zudem bei den Blockparteien einen eigentümlichen Eindruck machen, wenn hinter den Kulissen schon wieder die vertraulichen Verhandlungen zwischen Zentrum und Reichsregierung beginnen; so ungeschicklich operieren heißt schließlich, sich in die Brennpunkte setzen. Es wäre wahrscheinlich niemand hinter die Sache gekommen — wenn es eben nicht Herr Peter Spahn gefallen hätte, gleich einem parlamentari-

Die Sphinx in Trauer.

Roman von Max Kreher.

80

(Nachdruck verboten.)

Es war sechs Uhr vorüber, die Zeit, wo die meisten Werkstätten bereits geschlossen hatten und nun das arbeitende Berlin sich mit Erholungsgeilheit wie ein neubelebter, schwarzer Menschenstrom durch die Straßen wand.

Die City erwachte allmählich zum Vergnügen des Abends. Nur träge schlich die Sehnsucht nach Ruhe durch die Reihen. Sie malte sich auf den matten Gesichtern der Arbeiterinnen, die, nach dem Schwitzen während des Tages, nun lustig das Roteleinen ihrer Gesichtswäsche prasseln ließen, das doch, ach so bald, wieder verpuffte; sie zeigte sich in den abgehärteten Zügen der Blumenmänner, die, wortlos, an dem langentbehrten Stummel stehend, raslos vorwärts drängten, im dumpfen Schritt der Massen.

Die ungeheure Leibflut der Adligstraße verschlang alle, die sich von ihr fortziehen ließen. Es strömte bald rechts, bald links ab und bekam stets neuen Zutrieb von allen Seiten. Die Ermatteten trieben neben den Erstfrischen, denen der Tag erst mit dem Abend begann, die Abgehärteten ließen sich von den Sorglosen mitreißen, und die Stunde mischte sich bereits verächtlich unter die Menge. Und wo es ihr noch zu früh erschien, stand sie lauernd hinter dem Vorhang, wartend auf die Dämmerung, die die genussüchtige Stadt allmählich zu dem Glanz der Nacht hinüberleiten würde.

Und als ich sie schon ihre Blide austauschen sah, offen und ohne Scheu, dachte ich an ihre heimliche Schwester, die auf anderen Wegen ging, auf den verborgenen, so glücklich verheiratet, die doch an das selbe Ziel führten. Und abermals erwachte in mir die Frage: Wo ist er, wo spürt er jetzt nach seiner Geliebten, wo kann ich ihn finden, um meiner Seele Befriedigung zu geben?

Und hätte ich es laut geäußert, mit der Kraft meiner vollen Stimme, wie ein Kranke, in dem die Lebenslust wieder erwacht, — der tollende Lärm der unaufhörlich rasenden Stadt hätte jeder Laut verschlungen. Sie hätte ihr Leben ruhig weiter, auf und nieder, über tausend Geheimnisse hinweg, die, nicht mehr sicher auf den Straßen, sich in die Winkel der Häuser flüchten, wie die Sphinxen, die unbeschadet ihre Reize werden.

der Straße verdrängte die Luft und ließ seine Säulen in der Sonne spielen, die noch in weitem Glanze über die Stadt strahlte. Man roch den Schwitz der Arbeit, den diese Menschenknoten ausströmten, deren Tagewerk immer das selbe blieb. Ganz Berlin hätte sich seinen Nerven aus, wie ein großes Ungeheuer, das in kleinerer Unbeweglichkeit über seinen Leib gebietet. Und oben, über den Dächern, wo tausend Schornsteine und Essen ihre schwarzen Lungen leerten, vermischte sich der Rauch mit dem Dunst und trübte den Himmel, der sich mit Qualm überzog. Schlichtern, wie ein verblühtes Felschen, lugte die erste Sichel des Mondes durch den schmutzigen Schleier.

„Wann werden Sie reisen?“ unterbrach Doktor Klungel meine Gedanken. Gerade eben hatte mich diese Frage beschäftigt und zwar mit einer gewissen Wehmüt. Denn mir war dieselbe Zeit im vorigen Jahre eingefallen, wo noch kein Mittrauen in mein Gemüt gesenkt war, wo freudige Zuversicht mich mit Weib und Kind gemeinsam in die Ferne geführt hatte.

Ich konnte keine bestimmte Antwort geben. Wir kamen auch nicht dazu, weiter darüber zu sprechen, denn er wurde von jemand begrüßt, der schon vorbeigewandert war, ehe ich ihn sehen konnte. Dann blieb er stehen und sagte wie in Zerkleinerung: „Aber wann können Sie nicht den Herrn? War es nicht ein Verwandter von Ihnen?“ Ich hielt ihn wenigstens dafür. Wir sahen uns flüchtig in ihrer Wohnung, als ich damals zu Ihnen gerufen wurde. Er hat Sie wohl gar nicht erkannt.

„Wo?“ fragte ich unwillkürlich, trotzdem ich beschwören konnte, keinen Verwandten in Berlin zu besitzen. Er wies auf den Herrn, dem ich heute bereits zweimal begegnet war, und der mir schon Kopfschmerzen gemacht hatte. Meine Erregung war so gewaltig, daß ich weder vorwärts noch rückwärts konnte und ich Wort hervorbringen vermochte. Das Herz stand mir fast still, denn die Ueberraschung war mir wie ein unerwarteter Faustschlag gekommen, der Betäubung verurteilt. Allmählich erst kam mir die Beherrschung.

„Soll ich ihn zurückholen?“ fragte er liebenswürdig. „Nein, nein, lassen Sie nur“, verwehrete ich. „Über doch.“ Ich kehrte mit ihm um, getrieben von der unheimlichen Sucht, irgend etwas zu tun, was mir noch nicht klar war. Er war fort, wie durch Zauber verschunden. Wir sahen uns die Geir, wir blieben in die Köden — er war nicht mehr zu finden.

„Ich hatte ihn doch eben noch gesehen“, sagte Doktor Klungel. Er schien sehr betrübt zu sein, mir in diesem Augenblick nicht dienen zu können.

Ich wurde äußerlich wieder ruhig. „Lassen wir ihn“, sagte ich kurz. Wir folgten unserm Weg fort. In meinem Kopf an-

die Gedanken in einem tollen Wirbel, bis sie sich nach und nach zur Klarheit durchdrangen. Jetzt mußte ich, wo ich ihn gesehen hatte: Im letzten Winter in der Weinstraße, von der er an meinem Beise gesprochen hatte. Eine Stunde lang hatte er und gegenüber gelesen. Nun wurde mir auch seine Befürzung erst heute Vormittag, und seine Eile vor wenigen Stunden. Bestimmte Gründe mußten ihn zu meinem Begleiter geführt haben. Er wollte alles vermeiden, das Gespräch auf ihn zu bringen. Und alle diese Fäden gingen von seiner Geliebten aus.

Ich überlegte ein Weilschen, ob ich darauf zu sprechen kommen sollte, daß es herfelbe sei, den ich bereits bei ihm gesehen hatte. Sofort aber kam ich davon ab, denn ich wollte nicht betrüben. Um ihn vorsichtig auszuforschen, kam mir ein Einfall. „Sie haben also meinen Vetter bereits kennen gelernt?“ fragte ich.

„Also ein Vetter von Ihnen?“ Das hätte ich wissen sollen. Wir wurden gar nicht vorgestellt. Ihre Frau Gemahlin hatte wohl auch kaum meinen Namen behalten. Ich sah ihn auch nur, als ich wieder ging. Wir sprachen auch gar nicht zusammen.

Ich mußte genug. Es war wie so oft im Leben: Der eine hatte den anderen zuerst erkannt und das Bedürfnis gefühlt, sich ihm wieder in Erinnerung zu bringen. Ich reichte mir zusammen, daß er Klungel wahrscheinlich hatte anreden wollen, mich aber erkannt habe und dann schnell vorbeigegangen sei.

Wir verabschiedeten uns. Ich mußte allein sein mit meinen Empfindungen, mit der großen Sehnsucht, die mir heute geworden war. Und während die Flut der Menschenleiber mich mit forttrieb, betete ich still wie ein Stummes Berlin an: „Gimmliche Stadt mit deinen Säulen, die toll dich wissen. Sage als keineswegs Standbild vor mir vor, zeige tausend Stufen bis zu deinen Füßen. Ich will sie empfangen, wo dir niederfallen und mit verschlingenen Säulen schreien, du feist die Jugend unter allen Säulen. Du bist mir heute Freiheit bereitet, trau ich Freude, denn meine Seele hat an dem Herrn Grund befreit. Ich will dich auch die doppelte Lust mit wieder auf, die — ich fühle es — mich in die Tiefe ziehen wird, so preise ich dich dennoch. Du hast mir Gewissen gegeben, erbarmindest, je Gewissheit! Ich habe gehört und nicht geträumt.“

Tränen waren mir nahe, ich wollte nicht wehnen. Der Schmerz um ein verlorenes Lieb zehrte an mir und ließ mich vorwärts — ein Einsamer unter einer Million und mehr. (Schluß folgt.)

den Anführer auszuländern, was er weiß, um sich und die Seinigen wieder als Retter des Vaterlandes erscheinen zu lassen: Der Erbarbeiter wird neidisch ob solcher Durchdränger sein! Aber auch Herr v. Treps dürfte etwas vorsichtiger in seinem eigenen Interesse werden, denn genügt hat er durch sein Vorgehen weder dem leitenden Staatsmann noch der Sache, der er dienen wollte. Ober Hülfe Herr Spahn die ganze einem Vertrauensbrüche nicht unähnlich sehende Sache gemacht, um Herrn v. Treps ein Bein zu stellen?"

Das Klingt ganz so, als ob Bismarck schon wieder notwendig hätte, sich durch einen Sprung in die Öffentlichkeit vor einer intriganten Clique zu retten, die ihn vorzeitig und gegen seinen vorläufigen Willen mit dem Zentrum zusammenbinden will.

Eine Rückenstärkung erteilt die Halbmonatschrift „Das freie Wort“ benjennigen diplomatisierenden Liberalen, die im Kampfe um die preussische Wahlrechtsreform dem faustten Grundsatze huldigen, „Etwas ist besser als gar nichts“, das heißt sich mit einer von der Regierung und der Rechten halbvoll gewährten Abschlagszahlung begnügen wollen. Das demokratische Organ schreibt:

Es ist unseres Erachtens geradezu die Lebensfrage des preussischen und deutschen Liberalismus, ob er wiederum aus sogenannten staatsmännischen Augen Erwägungen ein Kompromiß mit der Regierung eingeht, sich einen wesentlichen Teil seiner programmatischen Forderungen abhandeln läßt und für das Uinfengerecht eines wohnigen Scheinerfolges seine demokratische Erstgeburt verkauft — oder ob er warten kann, bis die Frucht wirklich reif ist. Auf die Dauer ist selbstverständlich der innere Widerspruch eines in gewissen Grenzen demokratisch funktierten Reiches und der Händel, auf Massen- und Zensurwahlen aufgebauten Bundesstaaten unerträglich — ganz abgesehen noch von dem industriell-demokratischen Juge der Gesellschaftsentwicklung nach links; es heißt doch dem Verstandesvermögen des einfachen Mannes zu viel zumuten, wenn er begreifen soll, warum ein Fünfteljahrangestellter zwar über Geese- und Flottenflotte, Hülfe und Handelsverträge, Arbeiterlohn und Gewerbebesetze seine Stimme vollständig in die Waagschale werfen darf, aber in Fragen der Schule und Kirche, der Wohnungspolitik und Armenpflege, des Bahnen-, Brücken- und Wegebaues als unendlich gelten soll. Denkbar ist die Abjüngung des Widerspruches auch nur dadurch, daß das weitergehende Reichstagswahlrecht die engen landesrechtlichen Bestimmungen verschlingt, und nicht umgekehrt.

Gerade aber angeht die offenen und verdeckten Angriffe auf das Reichstagswahlrecht und bei seiner Entschleunigung die dritte ein, wenn auch nur vorübergehendes und als Abschlagszahlung gemeint. Eintreten des Liberalismus für irgendeine andere Form des Wahlrechts vor den Landtagen als Verrat an der Sache der Demokratie angesehen werden; hat er sich hier — so wird man meinen, mit dem Pluralismus zum Beispiel abgefunden und es ausdrücklich gebilligt, welchen Widerstand könnte er dann einer gelegentlichen „Reform“ des Reichstagswahlrechts nach derselben Seite entgegensetzen?

Ganz dasselbe haben sozialdemokratische Blätter dem Freisinn tagtäglich gepredigt — aber leider bisher vergeblich. In einer Auseinandersetzung mit dem „Berl. Tagebl.“ betont der „Vorwärts“ über unsere Stellung zu den Freisinnigen im Wahlrechtskampf ausdrücklich:

Wir sind, wie wir wiederholt betont haben und wie Singer offen in der Generalversammlung der Wahlvereine Groß-Berlins erklärt hat, und zwar nicht nur für seine Person, sondern im Namen des Parteivorstandes, bereit, eine auf die Erringung eines allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gerichtete Volksbewegung nach Kräften zu unterstützen. Ferner halten wir auch den Liberalismus keineswegs für ohnmächtig, falls er alle seine Kräfte zusammenfaßt; aber was wir vermissen, ist der feste Entschluß, diese Kräfte für die Eroberung des gleichen Wahlrechts einzusetzen; und gegen diese Schwäche, diese Kleinmütigkeit, die aus lauter Hyper-Besonnenheit gar nicht zu einem Entschluß kommt, weder nach der einen, noch der anderen Richtung, gegen diese amphibische Rückgratlosigkeit richtet sich unsere Kritik.

Mit einem wiederholten „Nur anfangen!“ ladet unser Zentralorgan die Liberalen zur Einleitung der Wahlbewegung ein.

Mit diesem Ansatze sieht es allerdings sehr trübe aus, wenn man sich die Anträge zum Parteitag der freisinnigen Volkspartei durchliest und darunter folgender Antrag Müller-Sogans und Genossen findet:

Der Parteitag hält es für unvereinbar mit der notwendigen Einheitlichkeit der Reichspolitik, daß in Preußen, dem Bundesstaat, der den wesentlichen Einfluß ausübt, auf die Reichsverwaltung, ein anderes Wahlrecht herrscht, als im Reich und erachtet schon aus diesem Grunde, auch abgesehen von allgemeinen Gründen der politischen Gerechtigkeit, die Einführung des im Programm der freisinnigen Volkspartei geforderten gleichen, allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechts in Preußen für geboten. Der Parteitag erwartet, daß die Fraktion der freisinnigen Volkspartei im preussischen Abgeordnetenhaus, wie bisher, mit allem Nachdruck für die Verwirklichung des bestehenden, durchaus unzureichenden und widersinnigen Dreiklassenwahlrechts eintreten wird.

Das „wie bisher“ dürfte nicht kommen, es mißt den alten Eindruck wieder hinweg, den der erste Teil der Resolution mit seiner Forderung des Reichstags-Wahlrechts für den Landtag macht. Wir erwarteten, daß die Volkspartei für ihre Forderung etwas mehr „wie bisher“ wirkt und agitiert, denn bisher haben die oppositionellen Parteien auf diesem Gebiete herzlich wenig erreicht. Wenn der Freisinn mit unserer Hilfe eine Bewegung gegen das Dreiklassenwahlrecht einzuleiten wollte, dann müßte er aus eigenem Willen bedeutend mehr „wie bisher“ zum Kampfe rufen.

Die neue Sozialpolitik. Wir brachten vorige Woche die Nachricht, daß eine Novelle zur Gewerbeordnung eingebracht werden soll, die Bestimmungen über die Verkürzung der Nachtarbeit und die Einführung des zehnstündigen Maximalarbeitstages für Fabrikarbeiterinnen, ferner über die Regelung der Heimarbeit enthält. Es handelt sich durchweg um Dinge, die schon Posadowsky angekündigt und ausgearbeitet hatte, und wenn dabei Bestmann-Hollweg irgend ein „Verdienst“ dabei hat, so nur das, die Novelle nicht schlafend in den Papierkorb geworfen zu haben. Denn soeben erscheint in der amillichen „Berl. polit. Korresp.“ eine offizielle Rundschreibung, die nichts mehr und nichts weniger besagt, als in Zukunft auch der letzte arbeitstrenn-

liche Schleier von unserer Sozialpolitik fallen soll. Das neue sozialpolitische Glaubensbekenntnis der Regierung lautet:

Wenn innerhalb der Kreise der Industrie gegen die bisherige Behandlung der sozialpolitischen Fragen im Reich manche Bedenken zu erheben waren und durch diese manche Verbesserung hervorgerufen worden ist, so lag der Grund dafür auch keineswegs in der Richtung dieser Sozialpolitik, als vielmehr darin, daß die Arbeitgeber, insbesondere die industriellen Arbeitgeber, aus der Mitwirkung bei der Vorbereitung der geplanten Maßnahmen mehr und mehr ausgeschlossen worden waren. Die Folge davon war nach der praktischen Seite, daß mehrfach die Verhältnisse und Bedürfnisse der Praxis in den Bestimmungen namentlich insoweit nicht ausreichende Berücksichtigung gefunden haben, als es sich um Ausnahmen zu Gunsten solcher Betriebe handelte, deren besondere Bedürfnisse und Verhältnisse sich nicht ohne schwere Schädigung in den Rahmen der allgemeinen Vorschriften einpassen lassen. Außerdem und vor allem wurde durch dieses Verfahren der Eindruck hervorgerufen, als ob in sozialpolitischen Fragen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht mit gleichem Maße gemessen wurden, vielmehr die Interessen der Arbeitnehmer einzeln ohne Rücksicht auch auf die berechtigten Forderungen der Arbeitgeber dem Gesetze zur Richtschnur dienen sollten. Wenn nach dieser Richtung jetzt eine Aenderung eintritt, so wird dies im beiderseitigen Interesse sowohl der Regierung wie der Industrie nur als sehr erwünscht bezeichnet werden müssen. Wird die Industrie mit ihren Wünschen und Auffassungen vor der Feststellung der betreffenden Gesetzentwürfe sachgemäß gehört, so werden in diesen diejenigen Parteien vermieden werden, die in den letzten Jahren mehrfach in den Kreisen der betreffenden Gewerbetreibenden erste Bestimmungen hervorgerufen haben. Vor allem aber wird wieder ein volles Vertrauensverhältnis zwischen der Reichsregierung und den Industriellen unseres Landes herzustellen werden, was es im Interesse der Fortführung einer fräftigen deutsch-nationalen Politik so dringend wünschenswert ist.

Als ob nicht immer schon der Wille der Arbeitgeber jehmal eher berücksichtigt worden wäre, als jener der Arbeitnehmer. Unsere meisten Sozialgesetze sind zustande gekommen, ohne daß man die Arbeiter als Gutachter hinzugezogen hätte. Handelskammern, Unternehmerorganisationen, Zünfte sind auch früher nie übergangen worden. Was bisher ungeschriebene Tradition war, soll jetzt zum Gesetz erhoben werden. Der Arbeitgebereinfluß wird der allein maßgebende werden — das ist die neue Sozialpolitik.

„Da muß die Religion helfen.“ Bei dem Empfang im königlichen Schlosse in Münster i. W. zeichnete der Kaiser, wie der „Berl. Merk.“ berichtet, unter anderem die Bischöfe von Münster und Bielefeld in seiner Unterhaltung besonders aus. Dem Bischof von Münster fragte er nach der Größe und Seelenzahl seiner Diözese. Als der Bischof in seiner Antwort auch die große Zunahme der politisch widerstrebenden Elemente in Westfalen beflagte, erwiderte der Kaiser etwa: „Da muß die Religion helfen!“ — Das wollen wir einmal abwarten: In Frankreich, Belgien, Oesterreich und Rußland hat sie jedenfalls nicht geholfen.

Zum Parteitag der freisinnigen Volkspartei liegen außer dem an anderer Stelle verzeichneten Vorschlagsantrag noch vor: Der Antrag über die liberale Einkommensbesteuerung, das Vereins- und Versammlungsrecht, über die Handels- und Verkehrspolitik, die Schulpolitik, die Staatsbürgerliche Gleichberechtigung, die Mittelstands- und die Blockpolitik. Der letztere lautet: „Der Parteitag erklärt: Die freisinnige Volkspartei erstrebt, neben dem Eisenbahnprogramm von 1894, die Befreiung der nationalen Einigung Deutschlands, den Ausbau der politischen Freiheit und die Hebung der Wohlfahrt des gesamten Volkes. Die Partei ist bereit, alle gesetzgeberischen Maßnahmen zu unterstützen, die in der Richtung ihrer Forderungen liegen, und mit anderen politischen Parteien zur Bekämpfung gemeinsamer Gegner zusammen zu wirken. Für ein solches Zusammenwirken ist Voraussetzung, daß die grundsätzlichen Anschauungen der Partei gewahrt und die Forderungen ihres Programms zur Geltung gebracht werden.“ Wie das in der „liberalen Aera“ geschieht, beleuchten wir ja durch tägliche Beispiele.

Ach, wie reizend! In dem Berliner Organ für evangelische Pastoren, dem „Reichsbote“, lesen wir:

Im Zusammenhange damit, daß jetzt dem Bundesrat eine Vorlage zur Handhabung der Gewerbeordnung zugeht, welche sich auf anderweitige Regelung von Frauenarbeit bezieht, darf festgestellt werden, daß sich ins besondere auch die Kaiserin sehr lebhaft für auskömmliche Gewährung von Rechten an Arbeiterinnen und so auch an Heimarbeiterinnen interessiert. Gleichzeitig kann der Wahrheit gemäß mitgeteilt werden, daß die erste Anregung dazu, daß im Reichstag die Witwen- und Waisen-Versicherung für Arbeiter gefordert wurde, von einer Frau ausging, nämlich von der jetzigen Witwe des ehemaligen Reichstagsabgeordneten Freiherrn von Stumm.

Es ist doch was Schönes um die Politik, wenn sie immer die Gebanten anzuführt, die hohe und angeheure und fromme Frauen angeregt haben.

Dabei kann man sogar vergessen, daß die Sozialdemokratie viel weitergehende Reformen der Frauenbeschäftigung schon vor einem Menschenalter beantragt hat.

Jetzt fangen die an. Der neue Großherzog von Mecklenburg-Strelitz brach mit dem bisherigen Brauch, wonach das Sedanfest ignoriert wurde. Er ordnete für die Schulen Feste an. — Es muß der Ausöhnung der Völker sehr dienlich sein, wenn man 27 Jahre nach einer kriegerischen Niederlage alljährlich den Nachbarn an sein Unglück erinnert und obendrein noch neue Feiern anfangt!

Die gesundheitlichen Verhältnisse der Heimarbeit. In der „Köln. Mediz. Wochenschr.“ lesen wir: In Frankfurt hat sich auf Veranlassung des wissenschaftlichen Ausschusses der Heimarbeit ausstellung ein besonderer hygienischer Ausschuss zur genaueren Untersuchung der sanitären Verhältnisse der Heimarbeit unter Vorsitz von Prof. Reisser gebildet.

Ein solcher würde auch in Preußen schauerhafte Wohnungsverhältnisse und Arbeitsverhältnisse enttarnen.

Die Schließung des freien Abergartens in Charlottenburg, bekanntlich eine der bedeutendsten Großanlagen des vorläufigen Kulturstadtes v. Stadt, ist jetzt vom Fürsten Bismarck in aller Form geleitet worden. Die Regierung in Potsdam hat im Auftrage des preussischen Ministerspräsidenten und des Kultusministers die Verträge gegen die polizeiliche Schließung des freien Abergartens in Charlottenburg abschließend beschlossen. Dene auf die Gründe der Schließung näher eingegangen, heißt der Bescheid nur fest, daß das Vorgehen der Behörde vollkommen der Staatsministerialinstruktion vom 31. Dezember 1889 entspricht, auf Grund deren es erfolgt ist.

Ausland.

Auch Oesterreich will seinen „Fall Ouelch“ in Prag wird gemeldet: Heute waren drei Mitglieder des Komitees für den am 8. September hier beginnenden internationalen Freidenkerkongress beim Polizeidirektor Hofrat Skrlawa, der ihnen sagte, daß bei dem geringsten Anlaß, der eine „Uebersetzung“ der §§ 122 und 303 des Strafgesetzes — „Religionsführung“ und „Belästigung“ einer gesetzlich anerkannten Kirche — bedeute, sondern der Kongress überhaupt auf gelöst werden würde. Die ausländischen Delegierten hätten ihre Ausweisung und den Befehl, mit größter Beschleunigung die Grenzen Oesterreichs zu verlassen, zu gewärtigen. Das Komitee hat sofort die Angeordneten, deren Teilnahme am Kongress angemeldet ist, er sucht, dahin zu wirken, daß die Regierung vor einer solchen Maßnahme bewahrt werde. Eine Maßnahme, die dann eine Frucht der kirchlichen Hege wäre. An der Regierung liegt es nun, das zu verhindern. Wenn sie es auch den deutschen Gewalthabern nachmachen will, die sich mit der Ausweisung Ouelchs so schrecklich bloßgestellt haben, so darf sie nicht übersehen, daß — von der Gesetzlosigkeit der angeklindigten Schußregelungen ganz abgesehen — sie sich noch viel lächerlicher machen würden, als es ihre deutschen Vorbilder getan haben.

Sie werden hinausgeworfen. Aus dem Haag wird uns geschrieben: Die niederländische Regierung hat dem Präsidenten Melissoff offiziell angezeigt, daß der Ribbenaal, in dem die Friedeas-Konferenz seit elf Wochen tagt, zum 17. September geräumt werden müsse, weil die Kammern zusammengetreten. Er plant bis dahin fertig zu sein, während andere Delegierte den 24. als wahrscheinliches Schlußdatum nennen.

Der Anarchistenkongress in Amsterdam. In der Donnerstags-Sitzung hielt der Führer der italienischen Anarchisten, Malatesta, der in London wohnt und übrigens ein Sprößling des alten Dogengeschlechts Malatesta ist, sein Referat über den Generalstreik. Zur allgemeinen Ueberzeugung erklärte er sich als Gegner des Generalstreiks, weil er sich absolut keinen Erfolg davon verspricht, und auch gegen die Gewerkschaftsbewegung, weil sie das Los der Arbeiter höchstens verbessert, aber nicht zu einer neuen Gesellschaft führt. Im übrigen warnte er davor, die politische Betätigung als absolut nutzlos und schädlich anzusehen, obwohl auch seiner Ansicht nach das Schwerkrieg der anarchischen Tätigkeit in der individuellen Betätigung liegt. Die Arbeiter zu selbständigen Individuen zu erziehen, die ihre Interessen selbst zu vertreten in der Lage und willens sind, sei die Hauptaufgabe des Anarchismus. Dr. Friedeberg, der bekannte Anarchosozialist sprach über „Generalstreik“ und „politischen Massenstreik.“ Da man in Deutschland noch wenig Erfahrung hinsichtlich des Generalstreiks hat, sprach er hauptsächlich über den politischen Massenstreik, das heißt die Arbeitsverweigerung um politische-partimentäre Vorteile zu erlangen. Den selben Vorzügen folgten vier Resolutionen, von denen die Resolution Malatesta mit 33 gegen 10, und die Resolution von Friedeberg mit 36 gegen 6 Stimmen angenommen wurden.

Eine Resolution Emma Goldman-Magnisski, wozin das Recht der Arbeiter auf Empörung anerkannt wird, wurde per Affirmation angenommen. Nachdem Matmanbe erklärt hatte, daß er von seinem Referat über Antimilitarismus zurück abstehe, weil es ja zweifellos sei, daß ein Anarchist auch Antimilitarist sein müsse, wurde die Sitzung geschlossen, da verschiedene Abgeordnete zum antimilitaristischen Kongress gingen, der unter Leitung von Domela Nieuwenhuis in denselben Räumen abgehalten wird.

Man hat auch England seinen Zentfaren? Aus London wird gemeldet: Ein englisches leuchtbares Militärflugzeug soll, wie die „Daily Mail“ erzählt, im Laufe der nächsten Wochen einen Ausflug unternehmen. Es ist nach dem Muster der französischen „Patrie“ hergestellt und besteht aus einem wirtelförmigen Ballon und einem leichten Rahmenwerk aus Stahl und Dambus. Einige Einzelheiten sind dem deutschen Modell entnommen, das angeblich den englischen Konstrukteuren bekannt ist. Der Motor wird mit Petroleum betrieben. Er soll leichter und zuverlässiger sein als das deutsche und französische Modell.

Militärische Menschenhinder. Schon wieder kommt — diesmal aus Oesterreich — eine geradezu ungeheuerlich klingende Nachricht von militärischen Gewaltthaten die eine große Zahl von Opfern forderben, darunter auch Todesopfer. Der „Wiener Arbeiter-Zeitung“ wird darüber gemeldet: „Das Landwehrinfanterieregiment Nr. 21 (St. Bötzen) und das Landwehrinfanterieregiment Nr. 2 mußten in Aarn ten einen Gewaltmarsch machen. Es dauerte von 3 Uhr Früh bis 3 Uhr Nachmittags und daran schloß sich eine Uebung. Während des Marsches blieben gegen zweihundert Mann, darunter mehrere Schwerverrannte, zurück. Ein Mann ist tot, zwei Schoten unrettbar verloren. Bei der Marodenhilfe wurden alle Kranke abgewiesen. Die Abgewiesenen wurden von den Hauptleuten bestraft. Auch alle Leute, die die letzte Pat- senübung mitmachen, werden von den Offizieren bestraft. Es ist beim 21. Landwehrinfanterieregiment, als wäre die Menschheit eine Herde willenloser Tiere.“

Über wär's doch nur bei dem einen Gewaltmarsch geblieben! Dem ist aber nicht so.

In zwei Parteeiblätttern finden wir Schilderungen von eben so traffen Soldatenmarterungen, die militärische Uebungen genannt werden. Der Grazer „Arbeiterwille“ berichtet: Am Montag 7 Uhr Früh marschierte das 7. Infanterieregiment von Schwandorf mit voller Marschabstufung nach St. Eibswald. Auf dem dreistündigen Marsche sind drei Mann an Erschöpfung zusammengebrochen. In Eibswald war Raft auf freiem Felde. In der Sonnenshitze mußte die ganze Mannschaft dreieinhalb Stunden braten. Um 1 1/2 Uhr Nachmittags marschierte die ganze Mannschaft in der größten Sonnenshitze über den Berg Rahl. Unterwegs fielen neuerdings zehn Mann aus Erschöpfung zusammen. Etwa hundert Mann mußten die Kühlung abgenommen werden, sonst wäre die Zahl der Erschöpften noch viel größer geworden. Auf die Menage mußten die Leute warten, so daß sie länger als vierundzwanzig Stunden trotz der enormen Anstrengung nichts als einen Kommisskaffee zu sich nehmen konnten. Nicht das geringste war zur Erholung der Soldaten vorbereitet. Ganze Kompagnien wurden, zusammengepreßt wie Hämte, in den Schauern untergebracht. Auf hartem Boden mit wenig Stroh sollten sich die müden Menschen, die bei Nacht von Reite gehittelt wurden, wieder erholen.

Und noch einer mit hundertsündig Maroden wird gemeldet: Die „Leipziger Freiheit“ berichtet: „Am 9. August marschierte die zur Uebung bestimmte Mannschaft des Infanterieregiments Nr. 92 um 5 Uhr Früh von Komotau ab. Die Uebung fand in der Nähe von Göttau statt. Jetzt wurde bis Mittags marschiert, wo die Mannschaft um 3 Uhr Nachmittags eintraf. Die Folgen des anstrengenden Marsches zeigten sich schon unterwegs: es gab zwei und sechzig Marode. Aber trotz alledem mußte um halb 7 Uhr Abends noch die zehnte Kompagnie zur Rüste antreten, wobei zwei Referenten ohnmächtig zu Boden stürzten. Um 1 Uhr Nachts wurde die löbliche Mannschaft schon wieder geweckt und um 2 Uhr Früh wurde nach Leitmeritz abmarschiert. Das sind 9 Stunden anstrengenden Marsches. Man kann sich leicht vorstellen, was geschah. Nach zwei Stunden Marsch gab es schon vierzig Marode. So oft dem Regimentssarzt Dr. Popper ein Maroder vorgeführt wurde, wurde er

Kolonial-Gemälde am Friedberg. Nicht mehr gar so lange bleibt das historische Schlachtengemälde die Bitterfeldschlacht bei Leipzig ausgestellt, denn die Direktion bereitet bereits die Pläne zur Ausstellung eines anderen Kunstwerkes vor. Wir glauben unsern Lesern einen Dienst zu erwiesen, wenn wir sie schon jetzt auf den zu erwartenden Bildwechsel aufmerksam machen.

Briefkasten.
Sprechstunden der Redaktion: Wochentags von 12-1 Uhr Mittags. **W. Wörwerkstraße.** Gemeinde- und Staatsanwaltschaften verfahren in vier Jahren, aber über Vertretung durch Lohnpfändung ist nicht mehr zuständig, wenn sie nicht mehr als drei Monate fällig sind. Als Fälligkeitstermine kommen in Betracht der 16. Mai, 18. August, 15. November und 14. (in Schaltjahren 15.) Februar. Wegen rückständiger Steuern für die Zeit vom April bis Juni ist Lohnpfändung unstatthaft. Bezahlen Sie die Steuern, sonst verliert Sie das Stadtverordnetenwahlrecht.
G. Sch. Bei der Leistung des Offenbarungseides haben Sie alles anzugeben, was Sie besitzen, auch Ihren Arbeitsverdienst. Die von Ihrer Ehefrau in die Ehe eingebrachten Sachen (Möbel etc.) sind deren Eigentum und brauchen deshalb nicht mit verzeichnet werden. Sie machen sich strafbar, wenn im Vermögensverzeichnis unrichtige Angaben enthalten sind oder nicht alles angeführt ist.
H. Garthebühner. Sie können sich den Betrag von 6.87 Mk. von nächster Rechnung in Abzug bringen.
S. Schönlanke. Wegen der unzulässigen Lohnpfändung für rückständige Steuern müssen Sie beim Gemeindevorstand Beschwerde führen; berufen Sie sich dabei auf § 4 Ziffer 2 des Lohnpfändungsgesetzes vom 21. Juni 1869.
G. J. Wognerstraße. Anfragen ohne genaue Unterschrift und Adresse beantworten wir nicht.

27. Quittung.
Für den Gewerkschaftshausfonds gingen ein:
Bericht quittiert 26,520.74 Mk.
Kassenüberschuss durch Käufer 4.20
S. Fiebig 1.—
Wahlfried 3.—
Kundjelang 1.40
Merkelung durch Weite 5.—
Uberschuss Ausfluss D. 18 durch S. Fiebig 1.02
Uberschuss Ausfluss D. 17 u. 17a durch Rosenberger 1.60
Klingenberg u. Genossen 0.60
Dachrinne 0.30
Hauseigentümer-Verband durch S. Schneider (2. und 3. Rate) 200.—
Sozialdemokratischer Verein durch Herrmann (17. u. 18. Monatsrate) 200.—
Markennunfag durch Günther 2.—
Summa 26,940.86 Mk.

Breslauer Marktbericht
Preise
der städtischen Markt-Notierungskommission
Breslau, 31. August 1907. Pro 100 Kilogramm

	gute	mittlere	gering.	Sorte
Weizen, weißer	22.10	21.10	20.—	20.80
„ gelber	21.—	20.—	20.90	20.50
„ Roggen	19.80	18.80	18.50	17.80
„ Hafer	17.—	16.50	16.40	16.—
„ Gerste	15.30	15.10	15.—	14.70
„ Mais, alter	18.20	17.80	17.70	17.50
„ „ neuer	17.—	16.50	16.40	16.20
„ Viktoria-Erbisen	21.50	20.50	19.50	18.50
„ Erbsen	18.50	18.—	18.80	18.—
„ Bohnen	31.80	—	29.80	—
„ Winterroggen	3.40	bis 3.70	—	—
„ Getreide	82.—	bis 85.—	—	—
„ Weizenmehl 00.	30.50	bis 31.—	—	—
„ „ 1.	28.50	bis 29.—	—	—
„ „ 2.	26.50	bis 27.—	—	—
„ „ 3.	24.50	bis 25.—	—	—
„ Roggenmehl 00.	13.—	bis 14.—	—	—
„ „ 1.	11.—	bis 12.—	—	—
„ „ 2.	10.—	bis 11.—	—	—

Vereins - Kalender.
Secretariat für Bauarbeiterschut.
Bureau: Adlerstraße 3. Telefon 8353.
Im Partei-Secretariat.
Neue Granpenstraße 6, Vorderhaus 2. Etage, Telefon-Nr. 5141
wobei in jeder Zeit Neuannahmen von Mitgliedern entgegengenommen und sind Aufnahmescheine sowie Besetzung auf die „Volkswacht“ zu haben.
Gewerkschaftshaus.
Dienstag, den 3. September:
Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen. Mitglieder-Versammlung.
Abends 8 Uhr im großen Saale.
Mittwoch, den 4. September:
Jugendlicher. Mitglieder-Versammlung. Abends 7 Uhr. Zimmer Nr. 2.
Arbeiter-Kassabereiner-Verein „Breslau“. Jeden Mittwoch: Vereinsabend.
Sonntag, den 8. September:
Bachbinder. Ballotie-Abend. Brett-Vieder und Scherz.
Anfang 5 Uhr, im großen Saale. Eintritt 20 Pf.
Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:
Land-Distrikt 9 (Tschansch).
Montag, den 2. September, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft sämtlicher Mitglieder bei Gruner. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Abrechnung der Bezirksführer.

Schweidnitz. Das Rechts-Anwaltsbureau befindet sich Sof. Strafe 16 III, und ist geöffnet Dienstag und Freitag von 11-1 Uhr Mittags und 6-8 Uhr Abends. Sonntag von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Mittags. — Die Bibliothek ist an gleicher Zeit geöffnet.
Leguitz. Metallarbeiter-Verband. Mittwoch, den 4. September, Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus. Vorstanderversammlung der Klempner und Installateure. Tagesordnung: Wie ist es möglich, Arbeitsentlassungen wie die bei der Firma A. Schilder vorgekommenen, zu verhüten.
Gottesberg u. Umgegend. Transportarbeiter. Sonntag, den 8. September, Nachmittags 3 1/2 Uhr: Versammlung im Lokale des Herrn Albert Böhm zu Alt-Lässig. Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist dringend notwendig.
Striegau u. Umgegend. Große öffentliche Steinarbeiter-Versammlung. Dienstag, den 3. September, Abends 7 Uhr im „Friedrich Bismarck“ zu Striegau. Referent: Genosse Redaktor Feldmann-Panonenbühlau. Wegen der äußerst wichtigen Tagesordnung muss jeder Kollege erscheinen.
Striegau. Gewerkschafts-Kartell. Wegen der am Dienstag, den 3. September stattfindenden Steinarbeiter-Versammlung habe die Kartellung am Mittwoch, den 4. September, Abends 8 Uhr in der „Bierquelle“ statt. Das Erscheinen aller Delegierten ist Pflicht.
Bentzen O.S. Die Sprechstunden des Arbeiter-Secretariats finden jeden Dienstag von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags und von 5 1/2 Uhr Nachmittags bis 7 1/2 Uhr Abends im Gewerkschaftslokal, Groß-Dombrowlaer-Straße 8, statt.
Königsbühlte. Die Sprechstunden des Arbeiter-Secretariats finden jeden Mittwoch von 8 bis 12 Uhr und von 5 bis 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftslokal, Ringstraße 8, statt.
Rattowitz. Sozialdemokratischer Verein. Dienstag, den 3. September, Abends 8 1/2 Uhr: Versammlung. Tagesordnung: „Der Internationale Sozialistenkongress“. Referent: Josef Winkler. Gäste sind willkommen.
Rattowitz. Das Arbeiter-Secretariat ist geöffnet Vormittags von 9 bis 1 Uhr und Abends von 5 1/2 bis 7 1/2 Uhr. Sonntag Nachmittags, sowie Dienstag und Freitag den ganzen Tag ist das Secretariat geschlossen.
Gleitwitz. Rechts-Anwaltschaft und Sprechstunde des Arbeiter-Secretariats jeden Mittwoch Abends von 6-8 Uhr im Gewerkschaftslokal, Leichstraße 8.
Schönlanke. Gewerkschafts-Kartell. Dienstag, den 3. September, Abends 8 Uhr: Sitzung im Restaurant „Germania“.

Verantwortlicher Redaktor: Gustav Wolff. — Redaktion und Expedition: Neue Granpenstraße 5/6. — Verlag von Oskar Schöke. — Druck von Th. Schöke & Co. — sämtlich in Breslau. — Seite 1. Beilage.

Am 31. August starb durch Unglücksfall unser Sohn
Adolf Münch
im Alter von 3 Jahren 5 Monaten. 4296
Tiefbetrauert von seinen Eltern
Adolf Münch und Frau
Beerdigung: Dienstag, den 3. d. Mts., nachm. 2 Uhr, vom Allerheiligen-Hospital nach Cosel.

Begräbnis-Verein der Rätcher.
Das Mitglied Karl Lasse ist gestorben. 4291
Beerdigung: Dienstag, den 3. September, nachm. 4 1/2 Uhr, von der Pohlmanowitzer Leichenhalle.

Dankagung.
Für die bewiesene Teilnahme bei dem Hinscheiden meines lieben Mannes und Vaters sage ich allen herzlichen Dank.
4295
Fr. verw. F. Müller.

Lobe-Theater.
Freitag:
„Wiege und Maria“.
Dienstag:
„Mein Choff“.

Schauspielhaus
Freitag, 8 Uhr:
„Florette und Patapon“.

Stadt-Theater.
Die Angabe der Abonnements für die erste Hälfte der Spielzeit erfolgt täglich von 10-2 Uhr in der Kassenkammer des Stadt-Theaters.

Lieblich's Etablissement.
Das glänzende
Eröffnungs-Programm
11 Schlager.
Anfang des Konzerts 7 1/2 Uhr.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Victoria-Theater
(Silberaner Garten).
Täglich:
Grosse Spezialitäten-Vorstellung.
Dies an Hochzeiten gratis.

Feuerversicherung
sowie Lebensversicherung auch für Kinder. Vermittler 1744
Ernst Zahn,
Kittlerplatz 5, III.

Arbeit und Erziehung
das populäre Blatt von Otto Röhl.
Preis 50 Pfg.
zu haben in der Expedition der „Volkswacht“.

Verreist auf ca. 3 Wochen
Dr. Hans Herz.
4289

Zurückgekehrt
Dr. Traugott
Spezialarzt für
Nerven- und Gemütskranke
4200 Gartenstr. 96.

Sehr billig zu verkaufen
Weißbrot, Weizenmehl, Stärke, Grieß, Küchlein, Butter, Speiseeis, Zucker, Kakao, etc.
4292
Berat. Altenstraße 58.

Stamm-Seidel,
Vereins-Seidel, Geburtstags-Seidel, Hochzeits-Seidel, Jubiläums-Seidel, in großer Auswahl
Otto Miksch,
Kupfergasse 47.

Möbel Spiegel.
Polsterwaren
in eigener Werkstatt von uns selbst
Rein Abzahlungs-Geschäft
günstig über ganz Schlesien.
Preisliste enorm billig.
Stuhl mit Rückenlehne . . . 100 Mk.
Stuhl ohne Rückenlehne . . . 75 Mk.
Tisch mit Stühlen . . . 100 Mk.
Bett mit Matratze . . . 100 Mk.
Bett ohne Matratze . . . 75 Mk.
Kleiderkasten mit Spiegeln . . . 40 Mk.
Kleiderkasten ohne Spiegeln . . . 30 Mk.
Schrank mit Spiegeln . . . 50 Mk.
Schrank ohne Spiegeln . . . 40 Mk.
Kleiderkasten mit Spiegeln und Stuhl . . . 120 Mk.
Kleiderkasten ohne Spiegeln und Stuhl . . . 90 Mk.
Bett mit Matratze und Stuhl . . . 150 Mk.
Bett ohne Matratze und Stuhl . . . 120 Mk.
Cappella, Kaiser, Thron
mit Spiegel, etc. etc. etc.
F. Pauer, Sandstr. 5.

Ich kaufe gebrauchte Möbel bei
pünktlicher Fortreise, Todesfall, Umzug,
kaufe ganze Wohnungs-Einrichtungen
gegen sofortige Zahlung. (4290)
Wahler, Gartenstraße 36.

ff. Batavia-Arrak,
Tamaka-Rum,
französische Kognaks,
„ und deutsche Cognaks,
Pansche u. Tafelkore
empfiehlt 2408
Edwin Delahon
Breslau, Neumarkt 3.
Flaschenverkauf
im Comptoir, Hof, part. I

Konsumverein für Striegau und Umgegend, E. G. m. b. H.
Sonntag, den 8. September, nachmittags 2 1/2 Uhr,
im Gasthof zum „Friedrich Bismarck“ in Striegau:
7. ordentliche General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Revisionsbericht und Entlastung des Vorstandes. 3. Genehmigung der Bilanz und Beschlussfassung über die Verteilung des Reingewinns. 4. Ergänzungswahlen des Aufsichtsrates. 5. Allgemeines.
NB. Anträge der Mitglieder sind rechtzeitig beim Unterzeichneten einzureichen. (§ 32 des Statuts).
Der Zutritt ist nur Mitgliedern gestattet.
Der Aufsichtsrat des Konsumvereins für Striegau u. Umg., E. G. m. b. H.
Paul Köhler, Vorsitzender.

5 Pfg. - Sumatra - Zigarren
praktische Qualität, vorzüglich in Brand u. Geschmack
100 2 Mk., 250 Mk., 5 Mk. bis 5 Mk.
empfiehlt gegen Nachnahme 1051
Zigarren-Fabrik E. Lampke.
Fabrik, Versand und Hauptgeschäft:
Breslau, Rospitzplatz 11, am Oderthorbahnhof.
Filialen: Matyjasstraße 18, Ecke Schrotgasse,
Summersried, Friedrich-Wilhelmstraße 15, Alerstr. 77.

Der
„Neue Weltkalender“
1908
ist erschienen.
Preis 40 Pfg.
Zu haben in der Buchhandlung Volkswacht.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.
Donnerstag, den 5. September, abends 8 Uhr
im großen Saale des „Gewerkschaftshaus“:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Bericht vom internationalen Sozialisten-Kongress in Stuttgart. Referent: Schriftsteller Genosse Ed. Bernstein aus Berlin. 4293
2. Diskussion.
3. Abrechnung von der Stadtverordneten- und Reichstagswahl.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.
Mitgliedsbuch legitimiert.

Soeben erschienen!
Die Sozialdemokratie im Deutschen Reichstag I.
Die parlamentarische Tätigkeit des Deutschen Reichstages und der Landtage, und die Sozialdemokratie von 1871-1874 von
August Bebel.
Preis 60 Pfg.
Sozialdemokratie und Arbeiterversicherung
Preis 10 Pfg.

50 Arbeiterfrauen 50
Volkswacht-Liefer
Ihre Haushaltsartikel
kaufen Sie, wie bekannt, am besten und billigsten bei
Rob. Kornmann, Friedrich-Wilhelmstr. 50.

Ignaz Auer.
Eine Gedenkschrift
von
Ed. Bernstein.
Preis 50 Pfg.
Buchhandlung „Volkswacht“.

Kinder-Elend.
Freiwillige Gegenwartsbilder von Otto Röhl.
Preis: 75 Pfg.
Zu haben in der Expedition der „Volkswacht“.

Anträge zum Parteitag in Essen.

Presse.

Der Antrag 32 ist vom Parteivorstand und Kontrollkommission gestellt und betrifft die Organisation der Nachrichten-Vermittlung für die sozialdemokratische Partei.

33. Berlin III: Die im Gewerkschaftshaus tagende Generalversammlung des dritten Berliner Wahlkreises billigt die Aufnahme von Annoncen, welche alle Gewohnheiten der bürgerlichen Gesellschaft in empfehlende Erinnerung bringen.

34. Berlin IV: Der Verlag hat die „Neue Zeit“ vom 1. Oktober ab in einem dem Titel und der neuen Ausrichtung entsprechenden Gewande herauszugeben.

2. Der internationalen Bedeutung der „Neuen Zeit“ entsprechend und um die Leserschaft auch den ausländischen Genossen möglichst zu machen, die der deutschen Sprache wohl mächtig sind, denen aber die deutschen (gotischen) Schriftzeichen Schwierigkeiten bereiten, hat der Schriftsatz in lateinischen Lettern zu erfolgen.

35. Welten: Für die Provinz Brandenburg ist ein neues Parteiorgan zu schaffen und möglichst der Reichstagswahlkreis Potsdam-Spanbau-Ordnungsland zu veranschauligen, da es infolge der besonderen Verhältnisse in den Staatsverhältnissen zu Spanbau, Potsdam usw. unzulässig ist, den Wahlkreis, um den schon jahrelang mit größter Aufmerksamkeit gekämpft wurde, ohne eine Zeitung für die Partei zu erobern.

Parteischule und Bildungsausschuss.

36. Wittenberg-Schweinitz: Die Parteischule in ihrer gegenwärtigen Form wird aufgehoben. Es werden die dafür angelegten Ausgaben für die Landes- bzw. Bezirks-Organisationen offen gelassen zur Errichtung von ständigen Unterrichtskursen. Diese haben sich auf der Basis einer Vorlesung zur Vertiefung der Kenntnisse des Sozialismus unter den in der Partei tätigen Genossen zu bewegen.

Bei Ablehnung obigen Antrages als Unterantrag: Sollte die Parteischule in ihrer gegenwärtigen Form bestehen bleiben, so sind daneben die obengenannten ständigen Unterrichtskurse dennoch einzurichten.

37. Genosse Richtig, Berlin III. Um eine Zusammenfassung und Vertiefung der gesamten Bildungsbestrebungen innerhalb der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu ermöglichen, beschließt der Parteitag die Herausgabe eines monatlich erscheinenden Korrespondenzblattes. Das Blatt soll den Parteigenossen als Wegweiser und Führer in allen Bildungsfragen dienen. Es wird von dem Bildungsausschuss in Berlin herausgegeben und gilt auch als dessen Publikationsorgan.

38. Torgau-Viehwerra: Die Parteischule in ihrer gegenwärtigen Form wird aufgehoben. Es werden die dafür angelegten Ausgaben für die Landes- bzw. Bezirks-Organisationen offen gelassen zur Errichtung von ständigen Unterrichtskursen. Diese haben sich auf der Basis einer Vorlesung zur Vertiefung der Kenntnisse des Sozialismus unter den in der Partei tätigen Genossen zu bewegen. Die Organisierung der Unterrichtskurse bleibt den Landes- bzw. Bezirks-Organisationen überlassen.

39. Wittenberg-Schweinitz. Ueber die Bewerber zur Parteischule sollen vorher Erkundigungen beim jeweiligen Kreisvorstand eingeholt werden.

40. Rühlheim a. M. I. Die Partei möge in allen größeren Orten eine Agitation auf dem Gebiete des Volksschulwesens entfalten und ebenso auch naturwissenschaftliche Vorträge halten lassen, die zur Aufklärung des arbeitenden Volkes beitragen.

2. Die Partei möge ebenso mit Rücksicht auf die Kindererziehung darauf bringen, daß überall wo möglich Kinderergänzung errichtet werden, die einen weltlichen Charakter tragen.

Partei-Angelegenheiten.

Aus dem Kerker! Drei Redakteure der „Erfurter Tribüne“, die Genossen Stange, Dornheim und Lohmann, haben den Kampf um ein gerechtes Wahlrecht in Preußen mit ins-

Lobe-Theater.

Eröffnung der Saison 1907/08.

Mieze und Maria.

Komödie in 4 Akten von Georg Hirschfeld.

Der Kolporteur, der seine Seelenleute, glaubte einmal in Luzern einen armen mühseligen Teufel, über den sich die vornehmsten Hotelgäste weidlich lustig machten, eine große Wohlthat zu erwischen. Er nahm ihn bei der Hand und setzte ihn, ein Apostel der Menschenrechte, mitten unter die hübschen Mädchen, Damen und Herren und beschloß ihn mit Sekt und Aufheben. Aber daß Sekt und Aufheben in jedem Falle besser schmeckt wie ein Protektionsfrühstück ist eine unbewiesene Voraussetzung und der arme Teufel, so schüchtern es Kolporteur, fühlte sich auf den schwellenden Hüften so unbehaglich wie ein Fisch den man aus dem Wasser hebt, und ist froh, daß er seinem Wohlthäter und Erlöser wieder ausknicken kann. Kolporteur wollte hier wie überall Gold und die Klara Diebig es getan haben, zeigen, wie schwer es fällt, einen Menschen aus seiner gewohnten Umgebung herauszureißen und ihn in eine ihm völlig fernliegende Sphäre zu verpflanzen.

Das selbe Problem, verbunden mit dem der Mutterhaft, also einem doppelten, stellt Georg Hirschfeld, der Verfasser von „Rebenmensch“, „Mütter“ etc. in seiner Komödie Mieze und Maria auf. Mieze ist nämlich das achte Kind der Tischlerfrau Hempel aber kein Kind ihres Mannes sondern des reichen Doktor Wendelin Weisbach, einem Nichtstuer und Snob dazu. Dieser edle Rebenmensch und Kulturtrickler lebt jetzt 14 Jahren mit seiner Gattin Sibille in kinderloser Ehe zusammen. Er ist ein Kunstgärtler und platt-über-Phantasiedrescher, der seinem zügellosen Dasein durch einen äußerlichen Schönheitskultus Bedeutung und Ansehen zu geben trachtet. Frau Sibille macht die spleenigen Abenteuereien des Mannes geduldig, aber ohne innere Anteilnahme mit und verzehrt sich nicht nur in allerhand romantisch-schmerzhaften Sehnsüchten sondern auch in der großen Sehnsucht nach einem Kinde.

In die bornehme Villa dieses Schönheitskultus, deren Mittelpunkt ein im antiken gezeichneten Stil gehaltenes „Museum“ bildet, bricht nun eines Tages vor Rebenmensch die Mieze ein, das uneheliche Kind des Herrn Doktors, geschickt von Mutter Hempel, die es nicht mehr füttern kann. Sibille sieht in dem Kinde (es ist ja Weibchenskind) einen „Kinzergeld des Himmels“, behält sie im Hause und der anfangs über diese „schreckliche Aktion“ entrüstete Wendelin willigt schließlich ein, die vierzehnjährige Mieze als seine Tochter zu erziehen. Denn ergozen ist sie, wolkgeschöpft von Straßenmädchen und Berliner Schwabbelweibern, ganz und gar noch nicht.

gesamt dreizehnwanzig Monaten Gefängnis büßen müssen. Dornheim und Stange erhielten je sechs Monate wegen Beihilfung des preussischen Dreiklassen-Parlaments, Lohmann je 11 Monate. Zweiten derselben, den Genossen Stange und Dornheim, öffnete sich am Freitag die Gefängnistür. Genosse Lohmann wird erst am 23. November das Recht der „Freiheit“ wieder erlangen.

Die „Tribüne“, die ihre dem Gefängnis entnommenen Redakteure beim Rücktritt in die Kämpferschar herzlich willkommen heißt, weist bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß in den letzten Jahren des neuen Jahrhunderts der Klassenstaat bereits 35 Monate und 14 Tage Gefängnis über ihre Redakteure verhängt hat. Alle Strafen sind bis zur letzten Minute verbüßt worden und die davon Betroffenen sind ungebogen und „ungebessert“ in den Kampf für die Freiheit zurückgekommen. Nur einer hat den Staat um acht Monate „betrogen“. Genosse Leub, der zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt war, hat „nur“ sieben davon verbüßt, dann „betrottelte“ ihn der Tod von dem Rest seiner Strafe.

Angehörig solcher Opfer ist es ganz angebracht, wenn unser Erfurter Parteiblatt bitter fragt, ob die Aeußerung des französischen Genossen Kerbe, die Wortführer des deutschen Proletariats wären so recht nicht fähig, Opfer zu bringen für die Freiheit, nicht etwas beklagt war. Und das sind nur die Opfer eines Parteiorgans in den letzten sieben Jahren. Eine lange graufame Liste ließe sich da aufstellen! Man braucht nur an die Strafliste der Breslauer „Volkswacht“ zu denken.

Aber all diese Opfer werden die Bekämpfer der Ungerechtigkeiten des Klassenstaates nicht abhalten, den Kampf weiter zu führen, und zweifellos wird gerade die Presse noch viele und schwere Opfer bringen müssen, bis wir auch in Deutschland von Breisfreiheit im besonderen und freihetlichen Zuständen im allgemeinen reden können.

Eine falsche Nachricht. Verschiedene bürgerliche Blätter behaupteten, daß der sozialdemokratische Parteitag in Essen unter Ausschluß der Öffentlichkeit tagen wird. Man bezieht sich auf eine Notiz der „Dortmunder Arbeiterzeitung“, daß nur von einigen wenigen bürgerlichen Blättern Vertreter zugelassen werden sollten, die schon ausgewählt seien. Der „Vorwärts“ teilt nun mit, daß diese Meldung durchaus unzutreffend ist. Der diesjährige Parteitag wird genau so gut öffentlich tagen wie seine Vorgänger. Ueber die Zulassung der Journalisten hat der Parteivorstand zu bestimmen, der nicht offenkundig ist, inhaltlich aus Gründen der politischen Geheimhaltung bürgerlichen Journalisten einen Platz am Parteitag zu verweigern. — Das ist auch die einzig richtige Stellung, die der Parteivorstand abzuwachen an allen Zeiten eingenommen hat.

Vielleicht nimmt auch die „Bresl. Btg.“ von dieser Nichtstellung Notiz, nachdem sie noch gestern die falsche Nachricht aus Dortmund verbreitet hatte.

Arbeiterbewegung.

Die Schiffszimmerer auf den kleineren Werften in Hamburg, deren Arbeits- und Lohnverhältnisse von den Schiffszimmerern auf den großen Werften etwas abweichen, wollen jetzt denselben Lohn haben wie die anderen Schiffszimmerer. Außerdem fordern die Bootsbauer einen Stundenlohn von 60 Pf.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 2. September.

Geschichtskalender.

2. September.

- 1814 Der Altertumsforscher und Geschichtsschreiber Ernst Curtius in Alstedt.
1896 Wilhelm II. Rottentube beim Gardefestmahl.

* Revolutionäre Eruptionen in der Schweidnitzerstraße. Wir mußten uns den Kopf des Blattes zweimal betrauen, ehe wir glaubten, daß es die „Schlesische Zeitung“ ist, die einen Leitartikel mit der Spitzmarke „Polizeigeist“ verfaßt, mit einem Ausdruck, den sie als oppositionelles „Schlagwort“ sonst entrüstet von sich weist. Was mußte der in den Weg gelaufen sein, das ihr solch hegerische Töne abdrückte? Mit jeder Zeile wuchs unser Staunen und unsere Freude:

Fürst Bismarck will an die Reform des Vereins- und Versammlungsgesetzes gehen mit der ausgesprochenen Ab-

sicht, Freiheit zu geben, soweit sie sich mit der Ordnung verträgt, und zugleich die Mittel zu schaffen, energisch durchzusetzen, wo die Ordnung gefährdet wird. Polizeigewalt kann es nicht mehr geben, weil sie dem Zwecke der Ordnung zuwiderläuft, den ruhenden Bürger nur verzögern und dem Ansehen der Obrigkeit nur schaden.

Gar nicht übel, sehr gut! Auffallend radikal! Wie weiter?

Das ist ein weites Gebiet der Reform, das unter ganzem, in den letzten Jahrzehnten ausgebildetes System obrigkeitlicher Bevormundung tritt und mit seinen Auswüchsen ankämpfen will. Kein Zweifel, daß bei diesem Werke gesunde Menschenverstandes und politischer Einsicht der Kanzler den Willen des Kaisers ausführt und daß der Minister des Innern in diesem Sinne zu handeln bereit ist.

Jetzt kommt es noch besser:

Zu alledem will das, was wir seit einigen Monaten in Breslau erleben, gar nicht stimmen. Es hat sich da ein eigenartiges Gerede zur Erregung herangestellt... Die Erregung im Publikum dauert fort.

Wer sollte nicht neugierig werden, wenn er so etwas ausgerechnet in der „Schlesischen Zeitung“ liest? Jetzt muß es aber bald kommen, was den offenen trotigen Widerspruch des Inneren erregt. Richtig, da ist es — die Polizei verbietet, daß der Bürger im Fahren von der Elektrischen Bahn absteigt! Es ist unerhört!

Vor wenigen Monaten wurde das Polizeireglement, welches das Absteigen während der Fahrt verbot, erneuert. Der Schutzmann schreibt die Übertäter auf und polizeiliche Strafbefehle folgen... Der Mann der Staatsverwaltung muß wissen, daß nicht jede Bevormundung, die juristisch möglich ist, deshalb auch zweckmäßig ist. Der gesunde Menschenverstand (A) rät nicht dazu, die an die Grenze des juristisch Möglichen zu gehen... Den Schaden, den unnütze Bevormundung anrichtet, mögen die leitenden, zu einem weiteren Bild betätigten Männer der Regierung erkennen... Der Regierungspräsident trifft nicht nur eine Maßregel, die als Polizeischikane allgemein empfunden wird, sondern...

Ja, wir glauben, die Proben genügen, um jedes polizei-feindliche Herz zum Hüpfen zu bringen. Wir haben ja hier das einzige Blatt, das dem Polizeipräsidenten nach den Schlächten auf dem Striegauer Platz dankbar die Hand drückt, nun ist auch dieses Organ in die Reihen derer übergetreten, welche polizeilichen Miß- und Uebergriffen kühnlich Trost bieten, und das hat die schreckliche Absteigeverordnung getan. Freilich, die Opposition ist für den Anfang etwas radikal und gleich im Leitartikel! Es könnte doch im deutschen Vaterlande einmal etwas noch Wichtigeres als das Absteigeverbot von der elektrischen Bahn passieren, welche Töne will die verehrte Kollegin dann anbringen? Also nur maßvoll — nicht gleich mit Polizeischikanen und dergleichen herumwerfen. Wie würden sich die wohlgenährten Herren von der „Schles. Zig.“ erst haben, wenn sie in einem gut besetzten Lokale bei starker Hitze Versammlungen und Reden halten wollten und von einem beliebigen Polizeier gezwungen würden, alle Fenster zu schließen. Da würde es wohl bei dem Wort Schikane nicht bleiben. Wir wollen ja nicht schlecht sein, aber wenn die „Schlesische“ nicht aus einem so großen Selbstsack säße, sondern ein armes Proletarierblatt wäre, als die „Volkswacht“, dann wären ihr jetzt schon 80 Tage Rasten sicher — wie Genosse Neukirch ihr aus eigener Erfahrung bestätigen kann. Also — nicht zu stürmisch in der radikalen Opposition.

* Den Bericht über die Verhandlungen des Internationalen Sozialistenkongresses wird der Genosse Ebnard Bernstein in der am Donnerstag, den 5. September, Abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshausale stattfindenden Mitglieder-Versammlung des sozialdemokratischen Vereins erstatten. Außerdem wird die Schlußrechnung von der Stadtverordneten- und der Reichstagswahl gegeben werden.

Breslauer Schauspielhaus.

Florette und Patapon.

Schwanz von Hennequin und Weber, deutsch von Jacobson.

Die beiden Kompanions der Düngefirma mit dem Ubelnamen zanken sich über die Frage, wer die beste und bravste und treueste Frau habe. Werden aber nicht einig, da beide ihre Frauen, obwohl die eine still verschlossen und pießbürgerlich, die andere ledersackel-schickig-abenteuereich veranlagt, für gleich tugendhaft halten. Raum aber sind die beiden Männer, nämlich Florette und Patapon, verheiratet, da fügen sich die beiden Augenblicke in die tollsten Abenteuer. In einem Badeort bei Paris amüsierten sie sich. Madame F. mit ihrem aus einem Badeort zurückgekehrten Geliebten, Madame W. mit ein, zwei — ja in zwei dem eigentlich — Zufallsbekanntschaft. Infolge eines tollen Streiches des treuen Florette verpaßt die Firma das Schiff nach England und beide landen — in eben diesem Badeort. Einer bekommt von zu viel eigenem Genuß Nephritis die Seekrankheit, der andere geht auf pilantische Abenteuer aus — in die verhöhligen Kabinen. Der Produzent der Firma, in Frau Fl. verliebt, und beauftragt, sie während der Abwesenheit ihres Mannes zu bewachen, sitzt von einer Dummheit in die andere, wird schließlich für den Chef gehalten, von der ihm geliebten Frau getrennt, muß sehen, wie sie ihn und ihren Mann bedrängt, endet als verzweifelt Kammerdiener. Der ehetreue F. wird im Badeort heimlich erwischt, Madame W. ebenfalls in tiefster Feindschaft vom Kompanion Patapon erwischt, der Produzent läßt irrtümlich F. anstatt die Madame (weil er in ihren Reihern hätte und seine von einem Nephriten am Strand gefaselt waren) nach Paris schaffen, Madame Fl. kann nicht ersehen, weil in der fälschlichen Sankt im Badeort ihre Wiederangelegenheiten hat und — und — da lähen wir glücklich fort. Da der Kom-

Die Wahlberechtigung ist im allgemeinen durch die Staatsangehörigkeit, im besonderen durch die Wohnortangehörigkeit bestimmt. In den meisten Fällen ist die Wahlberechtigung an die Erfüllung bestimmter Vermögensverhältnisse geknüpft. In den meisten Fällen ist die Wahlberechtigung an die Erfüllung bestimmter Vermögensverhältnisse geknüpft.

Die Wahlberechtigung ist im allgemeinen durch die Staatsangehörigkeit, im besonderen durch die Wohnortangehörigkeit bestimmt. In den meisten Fällen ist die Wahlberechtigung an die Erfüllung bestimmter Vermögensverhältnisse geknüpft. In den meisten Fällen ist die Wahlberechtigung an die Erfüllung bestimmter Vermögensverhältnisse geknüpft.

Die Wahlberechtigung ist im allgemeinen durch die Staatsangehörigkeit, im besonderen durch die Wohnortangehörigkeit bestimmt. In den meisten Fällen ist die Wahlberechtigung an die Erfüllung bestimmter Vermögensverhältnisse geknüpft. In den meisten Fällen ist die Wahlberechtigung an die Erfüllung bestimmter Vermögensverhältnisse geknüpft.

Wahlkreise, Leipzig, Chemnitz, Weimar, Braunschweig, Sonneberg, Altenburg (bereits in der Wahl 1904), Gotha, Rudolstadt, Meuß j. L., Meuß a. L., Bremen. — Hauptort hat die Sozialdemokratie die übrigen 35 Kreise. Gewonnen wurden 8, nämlich: Straßburg i. El., Mühlhausen i. El., Offenbach, Hanau, Wiesbaden, Höchst, Duisburg und Bielefeld.

Die politische Entwicklung der in unserem Reich befindlichen Wahlkreise ergibt sich aus der Tabelle, die dem Bericht angefügt ist.

In 19 von den 38 Wahlkreisen, die wir verloren haben, hatten wir einen Stimmengewinn, der teilweise sogar recht erheblich war. So wurden sozialdemokratische Stimmen abgegeben:

Wahlkreis	1903	1907
Frankfurt a. M.	20 178	28 889
Magdeburg	20 871	24 253
Königsberg i. Pr.	14 042	17 321
Höppingen	8 930	11 700
Bremen	25 076	27 382
Breslau-West	17 545	19 659
Erlangen	10 168	12 256
Altena-Zierenh.	10 148	12 129
Breslau-Ost	14 831	16 501
Halle a. S.	20 439	21 941
Stettin	15 111	14 628
Elberfeld-Warmen	27 056	28 256

Dem Verlust der Mandate steht eine erhebliche Zunahme der Stimmengahl gegenüber. Für die Sozialdemokratie wurden bei der Hauptwahl Stimmen abgegeben:

1907	3 259 020
1903	3 010 771
Zunahme	248 249 = 8,2 Prozent

Von allen Wahlberechtigten haben 24,4 Proz. der Wahlberechtigten für uns gestimmt, gegen 21,0 Proz. im Jahre 1903.

Wohl man die Stimmengzunahme mit denen anderer Wahlperioden vergleichen, so ergibt das einfache Unter- und Nebeneinanderstellen der Ziffern kein richtiges Bild. Denn der Gewinn an Stimmen ist nicht nur eine Frucht der Wahlagitiation, sondern in erster Linie der Erfolg der Arbeit, die in dem Zeitraum geleistet wurde, der zwischen den Wahlen liegt. Die zwischen den Wahlen liegenden Zeitabschnitte sind aber von sehr verschiedener Dauer. So lag z. B. zwischen den Jahren 1890 und 1893 ein Zeitraum von 28 Monaten und den beiden folgenden Perioden ein Zeitabschnitt von 60 Monaten. Dann wieder zwischen 1903 und 1907 ein Zeitraum von 43 Monaten. Unsere Stimmengzunahme ist aber auch erheblichen Schwankungen unterworfen, die durch die politischen Ereignisse der abgelaufenen Perioden hervorgerufen werden. Besonders steigende Zeiten immer dann ein, wenn die Angriffe auf die Arbeiterklasse besonders heftig waren und die Reaktionen der Herrschenden recht kraß hervortrat. So war z. B. in der Periode 1887/90 die schlimmste Zeit der Kaiserzeit. In derselben Periode wurden die Branntweinsteuern ge-

Die Wahlberechtigung ist im allgemeinen durch die Staatsangehörigkeit, im besonderen durch die Wohnortangehörigkeit bestimmt. In den meisten Fällen ist die Wahlberechtigung an die Erfüllung bestimmter Vermögensverhältnisse geknüpft. In den meisten Fällen ist die Wahlberechtigung an die Erfüllung bestimmter Vermögensverhältnisse geknüpft.

Parteien	Zahl der bei den Hauptwahlen abgegebenen Stimmen	Zahl der bei den Nebenwahlen abgegebenen Stimmen	Stimmen bei den Hauptwahlen	Stimmen bei den Nebenwahlen
Sozialdemokratie	3 259 020	18 111	3 277 131	18 111
Nationalliberale	1 637 048	10 100	1 647 148	10 100
Deutsch-Konservative	1 080 209	8 200	1 088 409	8 200
Freiwirtschaftliche Volkspartei	738 008	5 100	743 108	5 100
Reichspartei	471 863	3 100	474 963	3 100
Polen	458 858	2 100	460 958	2 100
Freiwirtschaftliche Vereinigung	359 320	1 100	360 420	1 100
Deutsche Reformpartei	248 534	1 100	249 634	1 100
Wirtschaftliche Vereinigung	233 996	1 100	235 096	1 100
Deutsche Volkspartei	138 607	1 100	139 707	1 100
Andere Parteien	262 851	1 100	263 951	1 100
Unbestimmt	194 202	1 100	195 302	1 100
Reichstier	8 018	1 100	9 118	1 100
Gesamt	11 262 775	897	11 271 672	897

Die Wahlberechtigung ist im allgemeinen durch die Staatsangehörigkeit, im besonderen durch die Wohnortangehörigkeit bestimmt. In den meisten Fällen ist die Wahlberechtigung an die Erfüllung bestimmter Vermögensverhältnisse geknüpft. In den meisten Fällen ist die Wahlberechtigung an die Erfüllung bestimmter Vermögensverhältnisse geknüpft.

Die Wahlberechtigung ist im allgemeinen durch die Staatsangehörigkeit, im besonderen durch die Wohnortangehörigkeit bestimmt. In den meisten Fällen ist die Wahlberechtigung an die Erfüllung bestimmter Vermögensverhältnisse geknüpft. In den meisten Fällen ist die Wahlberechtigung an die Erfüllung bestimmter Vermögensverhältnisse geknüpft.

schaffen und der Zoll für Vroldgetreide von 3 Mk. auf 5 Mk. erhöht. In der Zeit von 1898/1903 kam der Zuckerausgleichssteuer und der Zuckersteuer; dazu kamen uns besonders in Sachsen noch mehrere landespolitische Vorkommnisse zur Hilfe.

Wie sehr die Sozialdemokratie infolge der ungerechten Wahlkreis-einteilung benachteiligt wird, tritt deutlich zutage, wenn man die den einzelnen Parteien zugefallenen Mandate mit der erzielten Stimmengahl vergleicht.

Parteien	Bei den Hauptwahlen abgegebene Stimmen	Zugefallene Mandate
Sozialdemokratie	3 259 020	43
Deutscher Reichstag	2 179 743	105
Nationalliberale	1 637 048	65
Deutsch-Konservative	1 080 209	61
Freiwirtschaftliche Volkspartei	738 008	28
Reichspartei	471 863	24
Polen	458 858	20
Freiwirtschaftliche Vereinigung	359 320	14
Deutsche Reformpartei	248 534	6
Wirtschaftliche Vereinigung	233 996	10
Deutsche Volkspartei	138 607	7
Andere Parteien	262 851	16
Unbestimmt	194 202	—
Reichstier	8 018	—
Gesamt	11 262 775	397

Von einem gleichen Wahlrecht kann danach nicht mehr geredet werden. Das Wahlergebnis ist in der Parteipresse und in Parteiveranstaltungen eingehend besprochen worden. Abgesehen von den vorläufigen und vorläufigen Kritiken, die mehrere Genossen sofort nach den Wahlen in einigen außerordentlichen der Partei stehenden Blättern veröffentlichten, die indes fast einmütigen Widerspruch bei den Parteigenossen fanden, stimmte die Partei in der Würdigung des Wahlergebnisses im wesentlichen überein mit der Auffassung, die der Parteivorstand in einem Aufruf: „An die Partei!“ vom 9. Februar niedergelegt hat.

So sehr auch der Wahlausfall von der Regierung und den bürgerlichen Parteien bejubelt wurde, Niedergeschlagenheit oder gar Entmutigung hat er in unseren Reihen nicht erzeugt. Unsere Genossen haben vielmehr überaus ungeschwächten Kampfesmut. Unmittelbar nach der Wahl ist fast überall eine lebhafteste und sehr erfolgreiche Agitation zur Stärkung der Organisation und zur Gewinnung neuer Leser für die Parteipresse entfaltet worden. Mit Recht konnte gegenüber dem gegenwärtigen Parteivorstand in dem Aufruf „An die Partei!“ gesagt werden:

Die deutsche Sozialdemokratie wurde am 1. Februar 1907, wie der Kaiser in der Nacht vom 5. auf den 6. Februar seinen Bannern auf dem Berliner Schloßplatz weggerissen. Niedergelassen wurden nur die Mehrheiten in einer Anzahl von Wahlkreisen, die wir zum Teil eben erst mit unseren Kandidaten erobert hatten. Aber das war eine vorläufige Niederlage.

